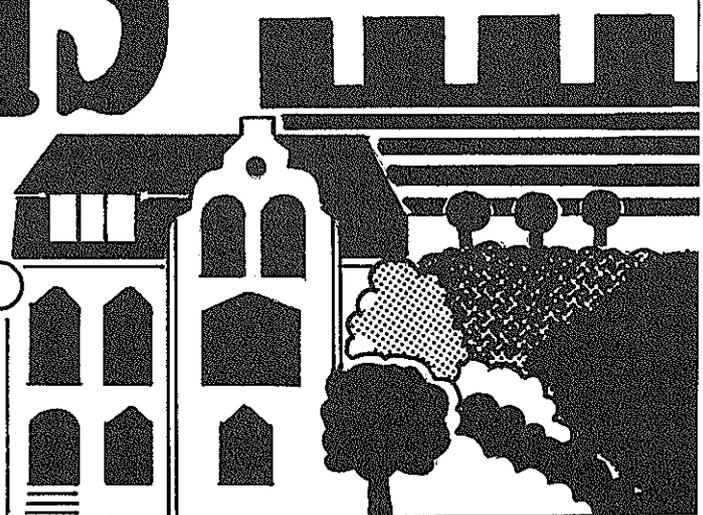


LAURENS - KOMMUNAL-AKTUELL

Bürger



ZEITUNG FÜR LAURENSBERG,

VETSCHAU, ORSBACH, VAALSERQUARTIER, KULLEN, SOERS

Kompliment an Laurensberg

Eindrücke einer „Zugereisten“

Seit einiger Zeit wohnen wir nun hier. Da wir viel herumgekommen sind und im letzten Drittel des Lebens stehen, wird Laurensberg wohl unsere letzte Bleibe sein. Oberbayern, Baden-Württemberg, Frankfurt und zuletzt lange Jahre Brüssel waren unsere Stationen. Natürlich gab es auch viele Reisen mit mancherlei bleiben-

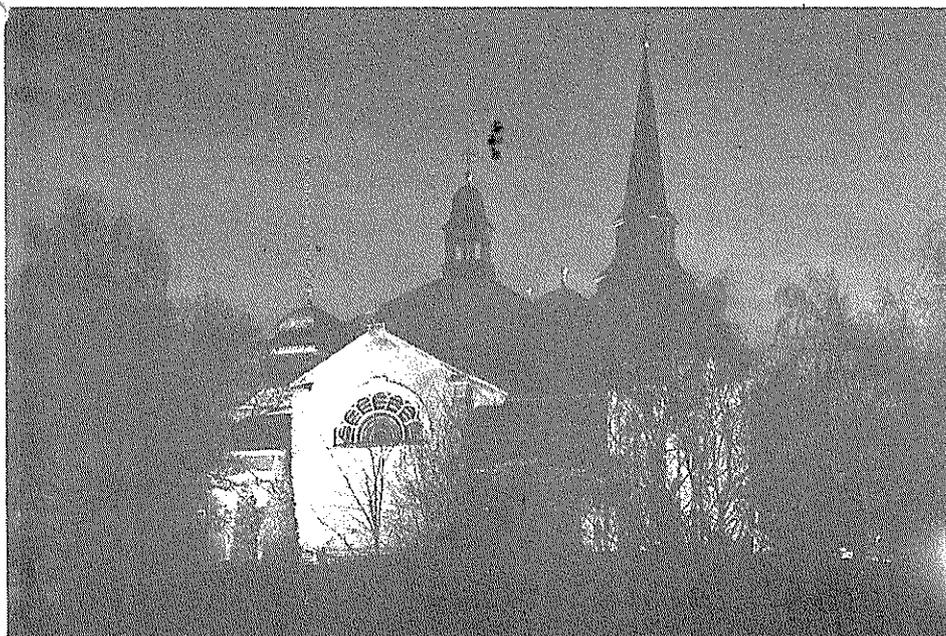
den Eindrücken. Doch nicht nur deshalb werden wir in Gesprächen oft gefragt, warum gerade Laurensberg unser Altersdomizil wurde.

Erzählen wir dann, daß ein Venezianer, der auf einer Insel in der Lagune geboren wurde, uns darauf brachte, so sehen uns die Fragesteller erstaunt an. Trotzdem, es

trifft zu! Dieser Freund schwärmte von der alten Kirche auf dem Berg, den Spaziergängen, die man machen kann, wie angenehm dieser Ort doch auch im Winter sei, so daß wir kurzerhand herfuhrten und uns dann für Laurensberg entschieden.

Vorzüge

Wenngleich inzwischen der erste Eindruck nicht mehr ganz gilt - geblieben ist dennoch viel Anziehendes und Dauerndes: so die Freundlichkeit der Laurensberger, das viele Grün, die Gärten und Anlagen, die nahen Einkaufsmöglichkeiten und nicht zuletzt die gesicherte ärztliche



Kirche St. Laurentius

In dieser Ausgabe:

Abitur am Euregio-Kolleg	2
Kommentar zur Schulsituation	3
Brief von Helmut Huntgeburth	4
Gentechnologie	5
ASEAG-Konzept	6
Aktuelles Interview	8
Aus dem Stadtrat	10
Aus der Bezirksvertretung	11
Neues von MdL Karl Schultheis ..	12
Silbenpreisrätsel	13
Zukunft für alle: Johannes Rau ...	14

Versorgung. Sogar eine zentrale Umsteigestelle für Busbenutzer ist kürzlich eingerichtet worden. Recht hübsch ist auch, daß Elemente der alten Gemeinde noch anzutreffen sind. Einige Gehöfte, Villen und Wohngebäude, deren Stil bewahrt wurde, sind erhalten geblieben.

Fabrikanlagen im Herzen von Laurensberg

Man spürt das Bemühen, Vergessenes im nachhinein in Ordnung zu bringen. Doch manche vernachlässigte Ecke gilt es noch zu bereinigen! So fragt man sich, ob wohl die inmitten des dicht besiedelten Ortskerns gelegene Fabrik für die Anwohner wirklich ganz ungefährlich ist - schließlich wohnen der Fabrikanlage gegenüber mehr als zweihundert Familien zumeist mit Kindern. Mir scheint, daß da eine Reihe chemischer Stoffe verarbeitet werden, die nicht gerade umweltfreundlich sind. Nicht allein die Gerüche, die aufsteigen, zeugen davon, sondern auch die Pfützen, die in schillernden Farben auf dem Pflaster des Hofes stehen.

Ein Fall fürs Umweltdezernat

Der neu gewählte Umweltdezernat könnte da durchaus tätig werden. Haben Vertreter des Bewerberaufsichtsamtes diese Produktionsstätte schon einmal unter die Lupe genommen? Immerhin erzählten mir ältere Leute, daß hinter den Mauern schon gewerkelt wurde, als sie noch Kinder waren und tagaus, tagein den langen Weg zur Schule hinauf marschierten.

Abhilfe durch Auslagerung

Wer sich an das früher so vergammelte Gelände erinnert, das die linke Seite der Rathausstraße säumte, und nun sieht, was daraus geworden ist, der wird finden, daß es Zeit wird, über die andere Straßenseite nachzudenken. Und das ganz im Sinne des neuen Bundesgesetzbuches vom Bauen, wonach nicht mehr das Wachstum nach außen, sondern das Bauen im Inneren der Gemeinden Vorrang haben soll. Hier wäre dafür zu sorgen, daß diese chemische Fabrik, die einen recht überalterten Eindruck macht, ausgelagert wird.

Macht Laurensberg noch l(i)ebenswerter.

Man kann nur wünschen, daß es gelingt, Laurensberg im Laufe der nächsten Jahre noch anziehender zu gestalten. Schließlich ist dieser Vorort ein Teil der Stadt Aachen, in dem sich Familien mit Kindern und ältere Menschen noch wohlfühlen können. Bei allem Vorrang zentraler Aufgaben sollte die Verwaltung die Anliegen der Randgemeinden doch etwas mehr beachten.



Abitur am Euregio-Kolleg Neue Bildungswege für Erwachsene

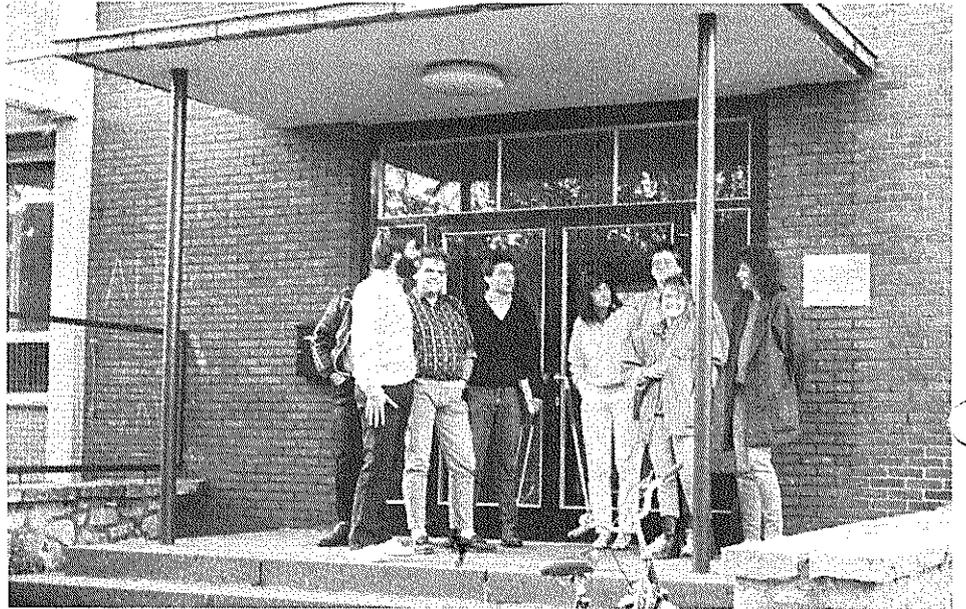
Mit dem Euregio-Kolleg, einem Institut zur Erlangung der Hochschulreife, existiert seit Februar 1986 auch im Aachener Raum ein Bildungsangebot für Erwachsene, die auf dem Zweiten Bildungsweg in Tagesform das Abitur erwerben wollen. Die allgemeine Hochschulreife wird in 3 Jahren (6 Semestern) erreicht. Bereits nach 4 Semestern kann die Fachhochschulreife erworben werden.

Unterricht und Freizeit

Der Studiengang des Euregio-Kollegs gliedert sich in die Einführungsphase (1. und 2. Semester), während der der Unterricht im Klassenverband erfolgt, und die als Kurssystem organisierte Hauptphase (3. bis 6. Semester).

des Wehr- oder Zivildienstes sowie Arbeitslosigkeit (bis zu einem Jahr) werden angerechnet.

Neben dem Unterricht in 12 Fächern verfolgen Studierende und Lehrer des Euregio-Kollegs eine Vielzahl von außerunterrichtlichen Aktivitäten. So existiert ein nicht nur auf die Bedürfnisse von Profis ausgerichtete Sport - AG, eine Theatergruppe wurde ebenso gegründet wie ein Diskussionskreis. Eine in Eigenregie der Studierenden betriebene Cafeteria wurde kürzlich eröffnet.



Kollegleiter Dr. Arno Giesbrecht (2. von links) mit Lehrern und Studierenden

Kinder? Willkommen!

Mit der vom Kinderschutzbund in Würselen angebotenen Betreuung von Kindern der Studierenden eröffnet das Euregio-Kolleg Weiterbildungsmöglichkeiten für junge Eltern, wie sie anderswo nur selten anzutreffen sind.

Aufnahmebedingungen

19 Jahre muß man alt sein, um beim Euregio-Kolleg Aufnahme zu finden. Eine Altersbegrenzung nach oben gibt es nicht. Bewerber müssen ferner eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine dreijährige Berufstätigkeit oder selbständige Haushaltsführung nachweisen. Zeiten

Studiengebühren werden am Euregio-Kolleg nicht erhoben. Eine elternunabhängige Förderung nach Bafög ist möglich.

Wer sich für die Ausbildung am Kolleg interessiert, wende sich an:

**Euregio-Kolleg, Bahnhofstr. 8
5102 Würselen, Tel. 02405/2 20 25
(montags bis freitags von 8 - 12 Uhr).**

Bewerbungen werden jederzeit angenommen.

Das nächste Semester beginnt im Februar 1987.

Der Kommentar von Ratscherrn Jürgen Bartholomy

Recht haben sie ja, die Eltern der Erstkläßler an der Grundschule in Laurensberg, wenn sie sich über die unzureichende Lehrerversorgung an ihrer Schule beschweren. Und sie sollten auch erwarten können, daß ihnen die Schulaufsicht und das Schulamt auf ihre Fragen und Vorschläge zumindest antworten.

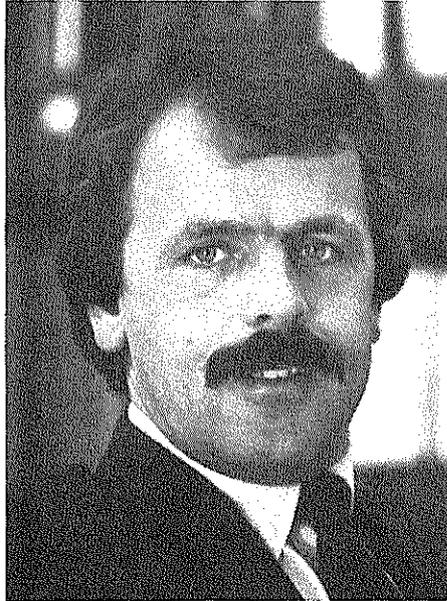
Auch die Schulleitung scheint ihren Aufgaben nicht voll gerecht geworden zu sein, wenn man den Angaben der Schulaufsicht zur Lehrerversorgung in Laurensberg folgen darf, und es besteht wohl kein Grund, die Zahlen anzuzweifeln!

Unterrichtssituation an der Grundschule

Die Probleme in Laurensberg entstanden zu Beginn des laufenden Schuljahres, als eine Lehrkraft einen Antrag auf vorzeitige Pensionierung stellte und gleichzeitig längerfristig erkrankte. Damit ist die Schule in Laurensberg auf einem Stand der Versorgung, der dem weiterer acht Grundschulen in Aachen entspricht, achtzehn Grundschulen sind schlechter und fünfzehn geringfügig besser versorgt. Folglich ginge jede Lösung der Probleme in Laurensberg zu Lasten einer anderen Aachener Schule, was lediglich eine Verlagerung der Schwierigkeiten frei nach dem St.-Florians-Prinzip bedeuten würde.

Landesregierung in der Schullinie

In Gesprächen zwischen Schulaufsicht und Schulleiter sind die zahlenmäßigen Aspekte geklärt worden. Welche Schritte in der Schule nun pädagogisch vertretbar sind, darüber müssen Lehrer, Eltern und Schulleitung in den entsprechenden Gremien beraten. Daneben verbleibt die berechtigte Kritik an der Landesregierung, daß bei hoher Lehrerarbeitslosigkeit keine Möglichkeit besteht, den Ausfall von Lehrkräften durch Neueinstellungen auszugleichen.



Jürgen Bartholomy

Die SPD in Aachen erhebt gemeinsam mit der GEW die Forderung nach Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte in den Schuldienst. Den betroffenen Bürgern muß aber klar sein, daß die Forderung nach Lehrereinstellungen seriös nur erhoben werden kann, wenn man gleichzeitig dem Land die finanziellen Mittel zugesteht. Allein hier liegt die Klippe, an der die Schaffung einer Notfallreserve bisher scheitert.

Die Sozialdemokraten aus Aachen sind eindeutig für die Einstellung zusätzlicher Lehrer in den Schuldienst, weil noch andere pädagogische Gründe gegen die derzeitige Politik der Nichteinstellung sprechen.

Gut Ding will Weile haben!

VERKEHRSBERUHIGUNGS MASSNAHMENBESCHLUSS VERWIRKLICHUNGSKALENDER

Hier präsentieren wir Ihnen den

in schlechtem Bürokratendeutsch den Kalender, dem zu entnehmen ist, wann in Laurensberg beschlossene Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung Wirklichkeit werden.

Hinweis:

Bitte bewahren Sie den Kalender auf und tragen Sie - sofern Sie es erleben - den jeweiligen Verwirklichungstermin ein:

Maßnahme:

Zonengeschwindigkeitsbegrenzung westlich der Roermonder Straße, Brunnenstraße u.a.

Beschluß am: 29.10.1985

Realisierung im: März 1986

Zonengeschwindigkeitsbegrenzung im Wohngebiet Steppenber

Beschluß am: 28.01.1986

Realisierung im:

Zonengeschwindigkeitsbegrenzung östlich der Roermonder Straße, Schloßparkstraße u.a.

Beschluß am: 22.07.1986

Realisierung im:

Zonengeschwindigkeitsbegrenzung Ortsteil Vetschau

Beschluß am: 30.09.1986

Realisierung im:

Hüpflicht Tempo 30 in Kullen

Beschluß am: 30.09.1986

Realisierung im:

Großräumige Verkehrsuntersuchung Laurensberg/Richterich, Bericht

Beschluß am: 29.10.1985

Realisierung:

Verkehrsberuhigung Nervierstraße, Steppenber (umgehend)

Beschluß am: 30.09.1986

Realisierung im:

SPD-Bürgerbüro in Laurensberg-Kullen

Um den Bewohnern dieses Stadtteils lange Wege zu ersparen, hat die SPD nun auch in Kullen ein Bürgerbüro eingerichtet. Dort ist Bezirksvertreterin Renate Schäfer für Sie zu erreichen, und zwar in der

Schurzelter Straße 516

Telefon 0241/8 33 99

jeden Freitag von 17.00 bis 19.00 Uhr.

Liebe Leserinnen und Leser des LAURENSBürger,

Aachen muß wieder durch einen SPD-Abgeordneten in Bonn vertreten sein!

Warum?

Die besonderen Probleme unserer Region müssen endlich tatkräftig angepackt werden!

Meine Arbeitsschwerpunkte im Deutschen Bundestag wären:

Die Zukunft sozial gestalten.

Viele vergessen in ihrer Zufriedenheit, daß im Grenzland mehr als 35.000 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet sind. Auch bei den Sozialhilfeempfängern gibt es fast monatlich neue Minusrekorde. Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger werden durch Kohls „Weiter so, Deutschland“ verhöhnt und mißachtet. Kardinal Höffner forderte auf dem Katholikentag: „Man darf diese Menschen nicht in die Ecke drängen, man muß etwas für sie tun!“

Ich werde in Bonn eine Politik vertreten, die den Ausgleich anstrebt und den sozialen Frieden nicht leichtfertig aufs Spiel setzt.



SPD



Aktive Friedenspolitik

Aber nicht nur der Frieden im Inneren muß gewahrt werden - eine aktive Friedenspolitik nach außen ist notwendig. Dies erfordert eine neue Phase der Ostpolitik, die Vertrauen bildet. Wir Europäer in Ost und West können nur in einer Sicherheitspartnerschaft überleben. Niemand sollte glauben, daß das ständige Aufrüsten Sicherheit garantiert, die Sicherung des Friedens ist nicht zu errüsten! Deshalb werde ich mich in Bonn dafür einsetzen, daß die amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen abgebaut werden. Das SDI-Abkommen muß umgehend gekündigt und eine ABC-waffenfreie Zone in Europa endlich Wirklichkeit werden.

Ich bin entschlossen, an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, die uns schützt, ohne andere zu bedrohen.

Kein Reaktor ist sicher genug

Auch die Aachener Region ist betroffen. Der belgische Atommeiler Tihange liegt dicht hinter unserer Grenze, in Andenne bei Lüttich soll zusätzlich der Schnelle Brüter entstehen, den in der Bundesrepublik niemand mehr will - doch noch wollen die Belgier mit uns über Sicherheitsstandards nicht reden. Bei grenzüberschreitenden Gefahren dürfen nationale Parlamente nicht weiterhin allein entscheiden. Nationale Absatzchancen dürfen nicht auf Kosten unserer Gesundheit Vorrang erhalten. Wir brauchen eine Umwelt-Außenpolitik, die hilft, das tödliche Risiko der Kernenergie abzubauen und durch ungefährliche Energiequellen zu ersetzen - keinen Hals-über-Kopf-Ausstieg, der akute Umweltschäden zur Folge hätte, sondern den von der SPD angestrebten Weg: **Als Bundestagsabgeordneter werde ich mich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie einsetzen.**

Ideenschmiede Aachen

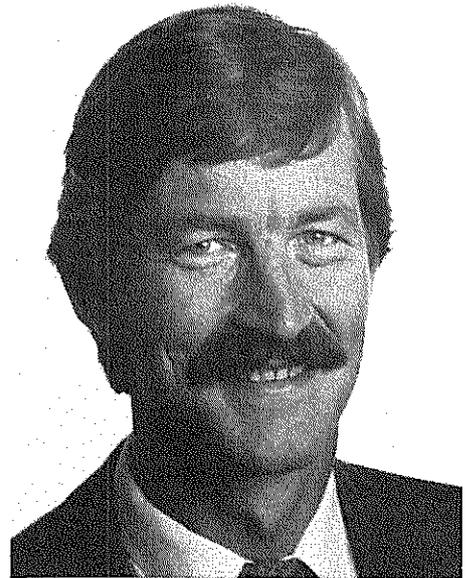
Der zügige Einstieg in den Ausstieg ist auch lebenswichtig für die Kumpel im Aachener Revier. Hier trägt das „Zentrum Aachen“ Mitverantwortung. Der umweltfreundliche Ausbau von Heizkraft- und Kohlekraftwerken sichert in unserer Region Tausende von Arbeitsplätzen. Die Sicherung des Energiebedarfs durch gefahrlose Energiequellen stellt darüber hinaus eine Herausforderung für die RWTH/FH Aachen dar. Viele Hochschulinstitute könnten mit öffentlichen Mitteln verstärkt „alternative“ Energien sowie Energieeinsparungsmaßnahmen erforschen. Gerade die Technische Hochschule und Fachhochschule Aachen können zur Ideenschmiede umweltfreundlicher und regenerierbarer Energiequellen werden.

Hierfür in Bonn die Weichen zu stellen, Mittel und Arbeitsplätze nach Aachen zu holen, ist für mich ein Ziel der kommenden Legislaturperiode.

Es gibt eine Mehrheit gegen Massenarbeitslosigkeit, Rüstungswahnsinn und den Atomirrweg!

Wenn Sie mir Ihre Erststimme und Johannes Rau Ihre Zweitstimme geben, helfen Sie mit, daß diese Mehrheit zum Tragen kommt.

Ihr Helmut Huntgeburth

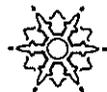


Zur Person:

Helmut Huntgeburth wurde 1942 als zweites von vier Kindern der Landwirtschaftsfamilie Huntgeburth in Köln-Vingst geboren. Er erlernte bei Ford den Beruf des Werkzeugmachers. Über den zweiten Bildungsweg holte er das Abitur nach und wurde Diplom-Ingenieur für Maschinenbau. Heute unterrichtet er Auszubildende an den Berufsbildenden Schulen Alsdorf. 1968 wurde Aachen seine Heimat; hier lebt er mit seiner Frau Christel und den Kindern Michael und Sonja. Das Herz des früheren Kreisligafußballers schlägt für den Sport.

Helmut Huntgeburth ist Gewerkschaftsmitglied. Er war unter anderem lange ehrenamtlich in der Jugendarbeit der IG-Metall in Aachen aktiv. Seit 1975 vertritt er die Bürger im Rat der Stadt Aachen. Auch als Vorsitzender des Sozialausschusses und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat er sich Vertrauen erworben. Innerhalb der SPD bringt er seit über 12 Jahren in Spitzengremien der Bundespartei (Parteirat) seine Erfahrungen ein.

Der Bundestagskandidat der Aachener SPD wohnt in der Karolingerstraße 16 in Aachen. Hier wird er auch als Bundestagsabgeordneter wohnen und für Sie unter der Telefon-Nummer 15 25 28 zu erreichen sein (für Amateurfunker: Rufzeichen DH 1 KAD).



Der politische Witz Historische Parallelen

Helmut Kohl fühlte sich offenbar in den Fußstapfen eines bedeutenden Staatsmannes, als er nach dem Besuch der großen chinesischen Mauer in den Ruf ausbrach:

Ich bin ein Pekinese!

Gentechnologie - für eine bessere Welt?

... „Er rieb sich die Hände. Es war ja klar, daß man sich nicht damit begnügte, Leibesfrüchte einfach ausreifen zu lassen; das konnte doch jede Kuh.

»Wir prädestinieren und normen auch. Wir entkorken unsere Kleinlinge als vergesellschaftete Menschen. Als Alphas oder Epsilons, als künftige Kanalreiniger oder künftige ...« Er hatte »künftige Weltaufsichtsräte« sagen wollen, verbesserte sich aber und sagte »künftige Brutdirektoren.« ...“

Aldous Huxley („Schöne neue Welt“)

Eine Vision Huxleys, die schon bald Wirklichkeit werden könnte? Beängstigend nahe ist uns der Gedanke, wenn wir fast täglich neue und immer spektakulärere Berichte über Befruchtungsverfahren und Geburten von Retortenbabies lesen. Die Befruchtungstechniken gehören zwar nur sehr am Rande zur Gentechnologie, aber erst durch diese Verfahren und ihre Anwendung wurde die Diskussion über das Thema „Gentechnik“ ange-regt.

Durch die Gentechnologie hat die Biotechnik in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren: Mit ihrer Hilfe ist es inzwischen möglich, die Suche nach Bakterien bzw. ihre Zucht immer mehr durch gezielte Manipulationen ihrer Eigenschaften und Fähigkeiten zu ersetzen.

Eine Möglichkeit, die uns aufhorchen läßt. Deshalb veranstaltete der Ortsverein der SPD in Laurensberg einen Informationsabend.

SPD Informationsveranstaltung

Am 10. Oktober referierten in einer Ortsvereinsversammlung Sybille Reuß und Edith Wittler über das Thema „Gentechnologie“.

Gentechnologie und Biotechnik

Genetik und Gentechnik gehören heute zu den wichtigsten Grundlagen der Biotechnologie. Während biotechnische Verfahren schon seit fast 2000 Jahren bekannt sind und angewendet werden (so bei der Milchsäuregärung oder der Herstellung alkoholischer Getränke), wurden die ersten Erkenntnisse der Genetik erst vor 120 Jahren gewonnen: G. Mendel entdeckte, daß die Vererbung von Eigenschaften durch die Übertragung einer entsprechenden Erbmaterie von den Eltern auf die Nachkommen erfolgt. Erst um 1900 gelang Wissenschaftlern der Nachweis, daß die von Mendel gefundenen Erbfaktoren über die Chromosomen bei der Zellteilung weitergegeben werden. 1944 schließlich konnte der Amerikaner Avery nachweisen, daß ein in den Chromosomen enthaltenes Molekül, die Desoxyribonukleinsäure (DNS oder DNA) die materielle Substanz der Gene und damit der eigentliche Träger der Erbinformation ist.

Der „Bauplan“ der DNS ist seit 1953 bekannt: Dadurch wird verständlich, wie es möglich ist, daß genetische Informationen in einem chemischen Molekül gespeichert und weitergegeben werden können. Die genetischen Informationen sind auf der DNS in Form eines Codes mit nur vier Zeichen festgelegt. Die Entschlüsselung dieses genetischen Codes ermöglicht die gezielte Manipulation der gespeicherten Erbinformation.

Die erste derartige Entschlüsselung war - nach siebenjähriger Arbeit - 1965 gelun-

gen, und zwar am Gen eines LON-Bakteriums. Mittlerweile kann die Erbinformation eines Virus innerhalb weniger Monate entschlüsselt werden.

Von den 50.000 bis 100.000 menschlichen Genen haben die Wissenschaftler bis heute etwa 5% entschlüsselt.

Gentechnik

Mit Gentechnik bezeichnet man gezielte Manipulation am Erbgut, z.B. durch die Neukombination von DNS. Dabei werden einem Organismus Abschnitte von DNS („Genmaterial“) entnommen und in die Zellen eines anderen Organismus eingesetzt. Spender und Empfänger brauchen dabei nicht Angehörige derselben Art zu sein, sondern es ist auch möglich, Erbinformationen von Menschen, Tieren, Mikroorganismen, Pflanzen usw. über alle Artgrenzen hinweg miteinander zu kombinieren.

Anwendungsgebiete

Es gibt heute v.a. folgende Anwendungsgebiete der Gentechnologie:

- Bakterielle Produktion der unterschiedlichen Eiweißarten als Arzneimittel, Impferen und Drogen (z.B. Humaninsulin)
- Einsatz genetisch veränderter Mikroorganismen für industrielle Produktionsverfahren, zum Pflanzenschutz oder zum Abbau von Umweltgiften.

Diese Anwendungsmöglichkeiten werden inzwischen auch genutzt.

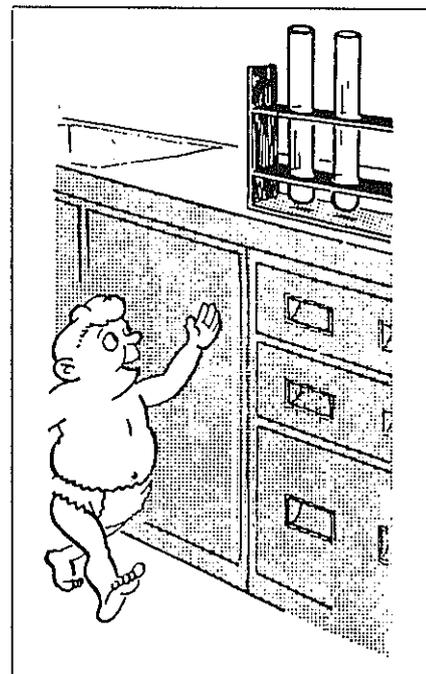
Kommerzielle Verwertung

In den USA gibt es heute etwa 150 gentechnische Firmen. In der Bundesrepublik haben sich mehrere kleinere Genfirmen etabliert, und auch die großen Chemiekonzerne bereiten inzwischen ihren Einstieg in die industrielle Nutzung der Gentechnologie vor.

Offenbar ist man nicht nur im Bundesforschungsministerium davon überzeugt, daß die Gentechnologie in vielen Bereichen der konventionellen Produktion überlegen ist, etwa in der Herstellung von Medikamenten und Pflanzenschutzmitteln. Ihre Befürworter behaupten, die Gentechnologie biete die Möglichkeit,

- Nahrung,
- Energieversorgung und
- Gesundheit

der Menschen ohne den verstärkten Abbau natürlicher Ressourcen zu sichern.



„GOOD MORNING, DADDY.“

Kritik

Gerade an diesem Punkt setzt die Argumentation der Kritiker an: Sie befürchten, daß durch die Möglichkeiten der Gentechnologie die Artenvielfalt unserer Pflanzen- und Tierwelt, ja ganze ökologische Kreisläufe verändert werden können, ohne daß wir die Wirkungen und Folgen auf Natur und Mensch zuverlässig abschätzen könnten.

Deshalb ist Kontrolle erforderlich, insbesondere auch bei dem angrenzenden Gebiet der Gentechnologie, dem der künstlichen Befruchtungstechniken denn gerade hier ist die Rechtssituation offen, und hier stellen sich neben den rechtlichen Problemen auch ethische Fragen. Darf alles gemacht werden, was gemacht werden kann? Soll die Anwendung aller technischen Mittel und Verfahren erlaubt sein, um einen Kinderwunsch zu erfüllen, der möglicherweise nur durch den Umweltdruck hervorgerufen wird und/oder in erster Linie der Selbstverwirklichung zweier Menschen dient?

Diese Fragen bewegen die meisten Menschen, die über das Thema Gentechnologie - im weiteren Sinne - nachdenken. Auch auf dem Informationsabend der SPD drehte sich die Diskussion hauptsächlich darum.

Gesetzliche Regelungen notwendig

Auch ist es nicht einfach zu sagen, inwieweit hier vom Gesetzgeber Einschränkungen getroffen werden dürfen, ohne den einzelnen in seiner Entscheidungsfreiheit zu bevormunden.

Andererseits muß aber auch die Gefahr gesehen werden, daß - wegen der Schwierigkeit des Eingriffes und des Risikos des „Nichteinstehens“ - zu viel entnommene und befruchtete Eizellen Grundlage für Experimente bieten können. Manipulierte, gezüchtete, veränderte, ausgelesene Menschen - wohin führt das? Wollen wir das überhaupt?

Auch hier bot der Inhalt des Referates viel Stoff für die Diskussion; das Ende blieb offen. - Einig war man sich darüber, daß dem „Machbaren“ Grenzen gesetzt werden sollten, und daß es Aufgabe der Parteien ist, die Meinungsbildung zu fördern und gesetzliche Regelungen anzusteuern.

Haltung der Sozialdemokraten

Die Referentinnen trugen am Schluß der Veranstaltung die Stellungnahme der SPD zur Problematik der Gentechnologie und der Befruchtungsverfahren vor.

U.a. enthält sie folgende Punkte:

- Breite Information der Öffentlichkeit über das, was geschieht. Die Information muß auch Aufklärung enthalten über Risiken, zu fürchtende Zukunftsvisionen und Meinungen über notwendige Grenzen der Forschung.
- Forschung und Praxis dürfen sich nicht weiterhin im rechtsfreien Raum bewegen. Es geht um das Leben von einzelnen Menschen, aber auch um die Zukunft der Menschheit - Rechtsgüter von hohem Stellenwert, deren Schutz gesetzlich geregelt werden muß.

- Bei Eizellen- und Samenspenden ist mit den genetischen Eltern so zu verfahren, wie im Adoptionsrecht.
- Leihmutterchaft ist abzulehnen.
- Die Freigabe von Embryonen zu Forschungszwecken ist nicht erlaubt.
- Nicht erlaubt ist auch das Einfrieren von Embryonen.
- Jede Manipulation am Erbgut ist verboten.

Nur bei Eindeutigkeit der rechtlichen Lage kann das erste Grundrecht eingehalten werden: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Diesem Gebot hat sich die Garantie der Freiheit für Forschung und Lehre unterzuordnen - damit Huxleys Vision eine Vision bleibt.

Roter Wein

für Grünen Bezirksvertreter

Fortuna lächelte, als sich Bernhard Wölfen, Vertreter der Grünen in der Bezirksvertretung Laurensberg, an einem Preisrätsel beteiligte, das in der Sommerausgabe des Laurensbürger zum Mitmachen lockte: Er fand nicht nur die richtige Lösung, sondern gehörte auch zu den glücklichen Gewinnern.



SPD-Bezirksvertreterin Ingrid Rinke überreichte ihm den beziehungsreich mit roten und grünen Bändern geschmückten dritten Preis: eine Flasche feurigen Beaujolais Primeur.



Das Silbenpreisrätsel dieser Ausgabe finden Sie auf Seite 13!

Verbessertes Angebot der ASEAG - aber leider nur halbherzig

Verbesserung der Lebensqualität im Innenstadtbereich und im Wohnumfeld - dies ist das Ziel der von der SPD vertretenen Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. Eine solche Politik muß danach streben, den Individualverkehr zu reduzieren; denn einerseits droht die Innenstadt unter einer Blechlawine zu ersticken, andererseits lehrt die Erfahrung in den Wohnbezirken, daß der Autoverkehr, der im Rahmen verkehrsberuhigender Maßnahmen aus einer Straße verdrängt wird, sich andere Schleichwege sucht und dort zu erhöhter Belästigung führt.

Aus dem Auto in den Bus

Wie läßt sich nun Individualverkehr vermindern? Eine Möglichkeit besteht sicher darin, Anreize für den Kraftfahrer zu schaffen, vom Auto auf den Bus umzusteigen, d.h. die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, z.B. durch häufige Abfahrten der Busse (=dichte Taktfolge), Abfahrten in regelmäßigen Zeitabständen (=Zeittakt), klare Linienführung, schnelle Beförderung (d.h. freie Busspuren), günstige Fahrpreisgestaltung, freundliche Fahrer usw.

Die ASEAG hat mit dem Fahrplanwechsel am 7.9.86 den Versuch gestartet, durch Verbesserungen ihres Angebotes den Ansprüchen an ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel gerecht zu werden.

Verbesserungen

Von den Neuerungen ist, wie wir schon im LAURENSBürger Nr.3/86 berichteten, auch der Bezirk Laurensberg betroffen:

- Neu eingerichtet wurden hier die Linie 70 Schönau-Laurensberg-Neues Klinikum-Vaals Grenze, die eine direkte Querverbindung von Richterich und Laurensberg zum Neuen Klinikum schafft und Vaalserquartier an Laurensberg anbindet,
- und die Linie 75 Neues Klinikum - Hanbruch - Hohenstauffenallee - Finanzamt - Bushof - Driescher Hof.
- Darüberhinaus verkehren die Linien 15 und 65 jetzt bis Vaals Ortsmitte.
- Taktverdichtungen, also eine dichtere Busfolge, gibt es auf den Strecken zwischen Vaalserquartier/Laurensberg und Innenstadt.

Diese Maßnahmen reichen unseres Erachtens nicht aus oder sind nicht konsequent genug durchgeführt:

1. Warum keine Außenringlinie?

Busse der Linie 70 fahren häufig leer, diese Linie wird offensichtlich nicht angenommen. Woran kann das liegen? Wahrscheinlich an der zu geringen Busfolge und der nur bruchstückhaften Querverbindung wichtiger Zielpunkte im Stadtrandbereich; denn sie bedient über eine relativ kurze Strecke ein Teilstück des Außenrings, aber lediglich im Stundentakt und auch nur montags bis freitags - mit der täglich letzten Abfahrt z.B. in Vaalserquartier um 17.56 - und bis Samstag mittag.

Fehlende Verbindung der Außenbezirke

Andere Linien decken andere Teilstücke des Außenringbereichs ab: Linie 75 den Abschnitt Neues Klinikum - Hanbruch - Hangeweier, im 30-Minuten-Takt, allerdings auch nur montags bis freitags, jeweils bis gegen 19.00 Uhr; Linie 30 den Abschnitt Hangeweier - Burtscheid - Trierer Str., ebenfalls nur von Montag bis Freitag, überwiegend im Stundentakt, bis etwa 18.30 Uhr.

Konsequent wäre eine Außenringlinie, ähnlich den Linien 3/13 über Graben- und Alleening. In kurzem Zeittakt könnte sie täglich bis Fahrdienstende eine direkte Querverbindung zwischen den Außenbezirken schaffen. So würde z.B. bei der Verbindung von Laurensberg nach Hanbruch die umständliche Fahrt in die Stadt mit Umsteigen und Fahrt aus der Stadt heraus vermieden, also Zeit gespart.

2. Zeittakt mit Rhythmusstörungen
Begrüßenswert ist die Verdichtung der Taktfolge auf den Strecken Laurensberg - Innenstadt und Vaalserquartier - Innenstadt, so daß der Fahrgast tagsüber im

Prinzip alle fünf bis zehn Minuten einen Bus erreichen kann. Inkonsequent aber ist, daß die Busse nicht im regelmäßigen Zeittakt verkehren, also durchgehend alle fünf oder alle zehn Minuten, sondern teilweise in unterschiedlichen Zeitabständen. Das heißt, der Busbenutzer - vor allem der nicht regelmäßige ASEAG-Kunde - muß den Fahrplan „im Kopf haben“ oder ständig nachschlagen.

3. Linienführung mit Haken

Die Busse der 5-er-Linien von und nach Vaals Grenze bedienen die Haltestellen Keltenstraße und Schmiedgasse in Vaalserquartier. Nicht so die bis Vaals Ortsmitte durchgeführten 5-er-Linien 15 und 65. Diese Inkonsequenz bedeutet einerseits unnötig verringerte Taktfolge an den genannten Haltestellen, andererseits ebenso unnötigen Ärger für den Fahrgast, der davon ausgeht, daß er mit allen 5-er-Linien Richtung Vaals auch jene Haltepunkte erreicht. Ähnliches gilt z.B. auch für die Linie 75 (Neues Klinikum - Driescher Hof), die über eine lange Strecke vom normalen Verlauf der 5-er-Linien abweicht. Selbst im Abschnitt zwischen Vaalser Str. und Neuem Klinikum fährt sie anders als Linie 45 (Neues Klinikum - Driescher Hof), nämlich nicht durch das dichtbesiedelte Wohngebiet Kullen.



4. Wo bleibt die Aachen-Karte?

Als Umweltschutz-Karte - übertragbare, also nicht an Personen gebundene Monatskarte der ASEAG zu 40 DM - wurde sie seinerzeit von der SPD gefordert und im Rat beantragt, von der CDU jedoch abgelehnt. Nachdem diese ihre kommunalpolitische Wende hin zu den von der SPD entwickelten Konzepten vollzogen hatte, wurde sie als Aachen-Karte vom Verkehrsausschuß einstimmig beschlossen. Sie

sollte ursprünglich zum 1. Oktober eingeführt werden, jetzt heißt es zum 1. März - und zum Preis von 45 DM. Schade, denn die Erprobung der neuen Linienführung ist auf sechs Monate begrenzt. Umso wichtiger wäre es gewesen, die wesentlichen Voraussetzungen für die Annahme des neuen ASEAG-Angebotes - und dazu gehört sicher eine attraktive Fahrpreisgestaltung - von Anfang an zu erfüllen.

5. Leider nicht das ganze Jahr über Katholikentag!

Während des Katholikentages war die Aachener Presse voll des Lobes über die Freundlichkeit der ASEAG-Busfahrer. Verschiedene negative Erfahrungen allerdings, die uns in letzter Zeit zu Ohren gekommen sind, lassen befürchten, daß dieser Teil des Versuchs nicht einmal auf sechs Monate, sondern nur auf jene drei Tage beschränkt war. Ein Beispiel: Im Bus von Aachen nach Vaals Ortsmitte fragte nach Passieren der Grenze ein ausländisches Ehepaar, des Deutschen nicht mächtig, den Busfahrer, wie sie nach Gemmenich (Nachbargemeinde Aachens in Belgien) kommen könnten. Daraufhin raunte dieser - der den Sinn der Frage offensichtlich verstanden hatte - das Ehepaar an, daß er erstens Gemmenich nicht kenne, und daß sie zweitens gefälligst Deutsch zu reden hätten, wenn sie mit ihm sprächen!

Verkehrsberuhigung durch Busfahren

In den letzten Jahren sind zahlreiche Bürgerinitiativen entstanden, die sich gegen zunehmenden Verkehr in Wohngebieten wenden und Verkehrsberuhigung fordern. Diese sicher sinnvollen Forderungen finden die volle Unterstützung der SPD, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen allein aber reduzieren noch nicht den Umfang des Verkehrsaufkommens. Was macht es letztlich für einen Sinn, wenn Ihre eigene Straße Verkehrsberuhigt ist, dafür aber die Bewohner von Nachbargebieten unter zunehmenden Verkehrsbelastungen zu leiden haben?

Busfahren - in unser aller Interesse

Die verbesserten Angebote der ASEAG sind, wie dargelegt, teilweise nur halbherzige Maßnahmen und nicht konsequent genug, um Anreize für möglichst viele Bürger unserer Stadt zu schaffen, vom Auto auf den Bus umzusteigen. Dennoch, verehrte(r) Leser(in), überlegen Sie einmal, ob es nicht auch für Sie manchmal möglich oder sogar sinnvoller wäre, mit dem Bus statt mit dem Auto zu fahren.

Sollten Sie positive oder negative Erfahrungen mit dem öffentlichen Nahverkehr gemacht oder eigene Vorschläge haben, oder sollten Sie mit unserer Kritik nicht einverstanden sein, lassen Sie es uns wissen. Wir würden uns über Ihre Zuschrift freuen.

Das aktuelle Interview

Die Reaktionen reichten von begeisterter Zustimmung bis zu entsetzter Ablehnung, als bekannt wurde, an wen der Friedensnobelpreis 1985 verliehen werden sollte: Geehrt wurde die Organisation „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“ IPPNW für ihre Bemühungen, neue Perspektiven für eine „Umorientierung der Ressourcen von militärischen zu gesundheitlichen und anderen Entwicklungen“ zu eröffnen.

Zu den Gründungsmitgliedern der Aachener Sektion der IPPNW gehört Dr. Odette Klepper, in Burtscheid niedergelassene und in unserem Stadtbezirk wohnende Ärztin. Der LAURENSBürger unterhielt sich mit ihr über ihr Engagement für die Ziele der IPPNW.



LAURENSBürger: Die Auszeichnung durch das schwedische Nobelpreiskomitee hat die Vereinigung, der Sie angehören, einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Seit wann gibt es die IPPNW?

Klepper: Die Gründung fand 1980 statt. Allerdings gibt es seit den 50er Jahren eine amerikanische Ärztebewegung „Physicians For Social Responsibility“, aus der die IPPNW hervorgegangen ist. Die beiden Gründer - Professor Lown, ein sehr berühmter Kardiologe an der amerikanischen Harvard-Universität, und Professor Tschasow, Leiter des nationalen kardiologischen Instituts in Moskau - waren persönlich befreundet; daraus ist dann die IPPNW erwachsen.

LAURENSBürger: Inzwischen haben sich Ärzte aus über 60 Ländern der Bewegung angeschlossen. Wieviele Mitglieder hat die IPPNW derzeit?

Klepper: Insgesamt etwa 154.000; davon gehören rund 6.000 zur 1982 gegründeten bundesdeutschen Sektion. Die Aachener Gruppe besteht seit 1983 und zählt 65 Mitglieder - eine leider recht geringe Zahl in Anbetracht der Tatsache, daß es hier ungefähr 800 niedergelassene und 800 Krankenhausärzte gibt.

LAURENSBürger: Das hängt sicher damit zusammen, daß die Bundesärztekammer die Aktivitäten der IPPNW mit einiger Skepsis verfolgt.

Klepper: Das ist sehr milde ausgedrückt. Zum Beispiel beim Reizthema Katastrophenmedizin befinden wir uns in offenem Konflikt mit der Ärztekammer, die auf unseren wachsenden Einfluß mit erheblichem Druck reagiert. Da haben es gerade die jungen Krankenhausärzte schwer, die oft befürchten müssen, ihr Chef sähe eine Mitgliedschaft in der IPPNW nicht gern oder ihre Karriere würde dadurch gefährdet.

LAURENSBürger: Worum geht es beim Streitpunkt Katastrophenmedizin?

Klepper: Ein Referentenentwurf sieht vor, daß wir Ärzte verpflichtet werden sollen, Fortbildungskurse in „Katastrophenmedizin“ zu absolvieren. Dagegen setzen wir uns seit Jahren - übrigens mit Erfolg - vehement zur Wehr, denn es ist eine Illusion zu glauben, nach einer atomaren Katastrophe könne es noch medizinische Hilfe geben. Intensive Ausbildung für zivile Notfälle ist selbstverständlich, aber militärmedizinische Überlegungen mit Blick auf den Kriegsfall sind für uns nicht akzeptabel.

LAURENSBürger: Können Sie das etwas ausführlicher erläutern?

Klepper: Mein Kollege Professor Bonhoeffer aus Köln hat eindrucksvoll belegt, wie hilflos unser Gesundheitssystem beim Abwurf nur einer einzigen Hiroshima-Bombe mit einer Sprengkraft von 12 Kilotonnen wäre. In Japan gab es 96.000 Tote und 131.000 Verletzte, die schwere Verbrennungen, mechanische Verletzungen wie Knochenbrüche, offene und geschlossene Bauchverletzungen, Quetschungen usw. und natürlich akute oder chronische Strahlenschäden erlitten hatten.

Nimmt man an, daß es wie damals 46.000 Menschen mit Verbrennungen gäbe, so stünden ihnen in ganz Deutschland 50 Spezialbetten zur Verfügung; jedes einzelne Krankenhaus müßte 15 Patienten mit schwersten mechanischen Verletzungen aufnehmen, womit selbst eine Uniklinik aus Mangel an qualifiziertem Personal überfordert wäre; und schließlich gäbe es für 33.000 Verstrahlte gerade 1.000 Betten, wo eine Erstbehandlung mit Entseuchung möglich wäre.

LAURENSBürger: Diese Studie geht von Atombomben aus, deren Sprengkraft im Kilotonnenbereich liegt. Mittlerweile gibt es aber auch schon Bomben mit einer Sprengkraft von etlichen Megatonnen ...

Klepper: Beim Abwurf einer solchen Bombe, darüber sind sich alle - auch unsere Ärztekammer - einig, wäre organisierte medizinische Hilfe nicht mehr möglich. Neuere wissenschaftliche Studien aus den USA prognostizieren darüberhinaus verheerende indirekte und langfristige Folgen eines derartigen Atomschlags: unvorstellbare Mengen feinsten Teilchen, überwiegend Staub und Ruß, werden in die Atmosphäre geschleudert und bewirken dort eine Reduktion des Sonnenlichts auf wenige Prozent des üblichen Wertes.

Die Folgen: monatelanger Frost - selbst im Sommer -, Finsternis und weitgehende Vernichtung der landwirtschaftlichen Produkte. Wer einen Atomkrieg überlebt hat, wird in dem dann folgender „nuklearen Winter“ verhungern.

LAURENSBürger: Was kann eine Ärzteinitiative wie die IPPNW tun, um solche Entwicklungen zu verhindern?



Klepper: Aufklären! Unser Hauptziel ist, der Bevölkerung den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens vor Augen zu führen. Als Ärztin bin ich verpflichtet, meine Patienten über jede ernste Gefahr aufzuklären, die ihr Leben oder ihre Gesundheit bedroht. Atomwaffen sind eine solche Gefahr! Gemeinsam müssen wir die verantwortlichen Politiker überall auf der Welt davon überzeugen, daß der Marsch in den Untergang gestoppt werden muß.

LAURENSBürger: Anfangen muß man dann wohl in Washington und Moskau...

Klepper: In der Tat haben sich Lown und Tschasow sowohl an Reagan als auch an Gorbatschow gewandt. Doch während sie in Washington nicht vorgelassen wurden, hat Gorbatschow sie empfangen und ein langes Gespräch mit ihnen geführt, und ich denke, ihre Argumente haben dazu beigetragen, daß er sein Teststopp-Moratorium noch einmal verlängert hat. Aber ungeachtet Reagans ablehnender Haltung kämpfen wir weiter für Abrüstung in Ost und West.

LAURENSBürger: Haben Sie auch Kontakte zu bundesdeutschen Politikern?

Klepper: Ja, wir haben Ansprechpartner in allen Parteien. Bis zu Helmut Kohl allerdings haben wir es nicht geschafft; er hat unsere Bitte, uns zu empfangen, bisher stets abschlägig beschieden.

LAURENSBürger: Das verwundert nicht, wenn man sich daran erinnert, daß CDU-Generalsekretär Geißler die Verleihung des Nobelpreises an die IPPNW zum Anlaß genommen hat, Ihre Organisation als Instrument Moskaus zu diffamieren.

Klepper: Ja, Geißler kann da wohl nicht über seinen Schatten springen. Aber es ist uns immerhin gelungen, Gesundheitsministerin Rita Süßmuth zu einem Gespräch zu bewegen, und wir hatten den Eindruck, daß sie sehr nachdenklich geworden ist; sie hat auch einen weiteren Termin mit uns vereinbart.

LAURENSBürger: Eines der vielen Themen, die auf Ihrem diesjährigen Weltkongreß in Köln diskutiert worden sind, lautete: „Feindbild in der Erziehung“. Worum ging es dabei?

Klepper: Damit sprechen Sie ein weiteres Ziel an, das wir anstreben: den Abbau von Feindbildern. Auch aus diesem Grund versuchen wir, Kontakte auf allen möglichen Ebenen zu knüpfen und über alle nationalen Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Denn jemanden, den man gut kennt, lernt man verstehen und wird ihn nicht mehr als Feind betrachten. So finden z.B. unsere jährlichen Kongresse abwechselnd in Ländern des Westens und des Ostens statt - auch damit kann man Zeichen setzen.

LAURENSBürger: Für übernationale Zusammenarbeit bietet Aachen aufgrund seiner Grenzlage sicher besonders gute Möglichkeiten.

Klepper: Die nutzen wir auch nach Kräften. Vor drei Jahren haben wir eine Art Europakongreß veranstaltet mit Delegierten der belgischen, holländischen und luxemburgischen IPPNW. Danach haben wir auch begonnen, über die friedliche Nutzung der Kernenergie zu diskutieren, die - wie Tschernobyl gezeigt hat - ja ebenfalls erhebliche Risiken birgt. In der Bundesrepublik hat sich auf einer Mitgliederversammlung im September eine große Mehrheit gegen Atomenergie ausgesprochen, ähnlich ist es in vielen anderen Ländern. Sogar in der Sowjetunion hat nach Aussagen von Tschasow eine Diskussion angefangen. Schwierigkeiten gibt es bedauerlicherweise eher in Nachbarländern...

LAURENSBürger: Aus welcher Gegend vor Belgien stammen Sie?

Klepper: Geboren und aufgewachsen bin ich in Raeren, studiert habe ich an der katholischen Universität Löwen.

LAURENSBürger: Wann sind Sie nach Aachen gekommen?

Klepper: Nach dem Physikum. Ich habe dann in Aachen mein Studium abgeschlossen und hier famuliert. In dieser Zeit begann ich, mich in der Friedensbewegung zu engagieren; nachdem wir zunächst unsere Ängste nur im Freundeskreis diskutierten und davon träumten, nach Australien auszuwandern, fanden wir es schließlich doch besser, den Problemen nicht davonzulaufen, sondern an ihrer Lösung mitzuwirken.

LAURENSBürger: Nun sind Sie ja nicht nur Vorstandsmitglied in der bundesdeutschen Sektion der IPPNW, sondern nebenbei auch noch verheiratet, haben zwei Kinder und die Praxis in Burtscheid - wie schafft man das alles?

Klepper: Das geht nur, weil wir alle an einem Strang ziehen. Mein Mann ist auch in der IPPNW, und die Praxis führen meine Kollegin Dr. Nikolai - ebenfalls seit der Gründung aktives Mitglied - und ich zusammen. Dennoch ist es manchmal hart, das muß ich zugeben.

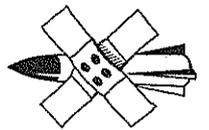
LAURENSBürger: Wenn man Ihre Praxis betritt, kann man nicht umhin, die ausgelegten Broschüren und politischen Appelle zur Kenntnis zu nehmen. Wie reagieren Ihre Patienten darauf?

Klepper: Wir haben anfangs befürchtet, einige damit zu verprellen, aber das war nicht der Fall. Zweimal ist es vorgekom-

Die Arbeit der IPPNW kostet Geld. Wer sie unterstützen möchte, kann - eine Spende überweisen (Konto-Nr. 50 500 918, Sparkasse Gaggenau, BLZ 665 512 90, Kennwort: Förderkreis IPPNW)

- für einen jährlichen Beitrag von mindestens 100 DM dem Förderkreis der IPPNW beitreten.

Die IPPNW ist gemeinnützig, Spenden sind absetzbar. Informationen gibt die Sektion Bundesrepublik Deutschland der IPPNW e.V., Bahnhofstraße 34, 6501 Heidesheim.



LAURENSBürger: Sie denken an unsere französisch sprechenden Nachbarn?

Klepper: Ich bin bestimmt sehr frankophil, aber die Politik der Franzosen bedrückt mich sehr. Gleich nach der Katastrophe von Tschernobyl ungerührt einen weiteren Atomversuch zu machen, völlig zu ignorieren, was anderswo angestrebt wird - das offenbart für mich einen Zynismus und auch eine gewisse Skrupellosigkeit, die mir Angst machen. Aus ähnlichen Gründen habe ich auch zu meiner belgischen Heimat ein etwas zwiespältiges Verhältnis; der Atommeiler in Tihange oder der geplante Schnelle Brüter in Andenne bei Lüttich bereiten mir erhebliches Kopfzerbrechen.

men, daß Patienten empört waren und sagten, unsere politischen Ansichten interessierten sie nicht, aber sie kommen nach wie vor. Ansonsten rede ich mit meinen Patienten natürlich über ihre Krankheit und nicht über Politik. Daran, daß sehr viel Aufklärungsmaterial mitgenommen wird, merken wir aber, daß viele sich angesprochen fühlen. Nach der Verleihung des Nobelpreises erhielten wir zahlreiche Glückwünsche, besonders auch von älteren Leuten, die sagten, sie fänden unser Engagement gut und wichtig.

LAURENSBürger: Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg und bedanken uns für das Gespräch.

Aus dem Stadtrat



In Kullen geht's voran

Sozialdemokraten unterstützen den Ausbau von Kindergarten, Grundschule und Bibliothek.

„Wenn man konkrete Verbesserungen beschließen kann, dann macht die politische Arbeit erst richtig Spaß.“ Mit dieser Bemerkung bewertet Ratsherr Bartholomy die Ergebnisse der Ratsberatungen der letzten Wochen.

Für das westliche Wohngebiet Kullen im Ortsteil Vaalserquartier sind einige dringliche Maßnahmen beschlossen worden, die insbesondere für die zahlreichen Familien mit Kindern wichtig sind.

Mehr Kindergartenplätze in Kullen

Seit Jahren sind die sozialdemokratischen Mandatsträger in der Bezirksvertretung Laurensberg und im Rat dabei, wenn es um die Schaffung eines ausreichenden Kindergartenplatzangebotes geht. Der Kindergartenbau am Neuenhofer Weg ist gut vorangekommen und wird in wenigen Wochen eingeweiht werden.

Mit 0,8 Mio. DM hat sich das Land NRW hier an den Kosten beteiligt, die die Stadt Aachen aufbringen mußte, um den Eltern in Kullen ein dauerhaftes Kindergartenangebot zu machen. Vier Gruppen mit je 25 Kindern werden im Neubau Platz finden.

Ausweitung des Angebots

Der Bedarf in Kullen ist jedoch weit größer, und so beschloß der zuständige Ausschuß für Jugendwohlfahrt auf Antrag der SPD-Fraktion, die beiden Kindergartenpavillons am Neuenhofer Weg weiterhin zu betreiben.

Dem von der Verwaltung allein für Kullen angenommenen Bedarf von 160 Plätzen im Jahr 1987 steht dann ein Angebot von 150 Plätzen gegenüber.

Eltern, die bislang keinen Platz für ihr Kind gefunden haben, sollten sich umgehend im Kindergarten auf die Warteliste setzen lassen.

Wenn die Zahlen der Verwaltung nicht fehlerhaft sind, dann müßte für jedes Kind, das nach dem Willen der Eltern in den Kindergarten gehen soll, ein Platz bereitstehen.

Grundschule Kullen wird erweitert

Gute Nachrichten auch aus dem Schulausschuß. „Hier hat die Verwaltung gut gearbeitet“ urteilt Ratsherr Bartholomy und fügt ein herzliches Dankeschön hinzu.

Rechtzeitig hatte das Schulamt in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt einen Vorschlag zur Erweiterung der Grund-

schule Kullen vorgelegt, so daß die Maßnahme noch in den Haushalt 1987 eingebracht werden kann.

Die erfreulich hohe Kinderzahl in Kullen macht die Erweiterung notwendig, damit man nicht in absehbarer Zeit in echte Raumnot gerät.

Bestätigt sehen sich die Schulausschußmitglieder auch in ihrer Überzeugung, daß der Regierungspräsident schon beim Bau der Schule den Bedarf für eine zweizügige Schule hätte anerkennen sollen.

Problem Finanzierung

Mit der Aufforderung, die Schulsituation in Kullen nicht zum Gegenstand parteipolitischer Prinzipienreiterei werden zu lassen, reagierte der Sprecher der Sozialdemokraten auf die Weigerung der CDU-Mitglieder im Ausschuß, notfalls die 430.000 DM allein aus städtischen Mitteln bereitzustellen.

Immerhin hat das Land trotz der schwierigen Finanzsituation den Bau der Grundschule und der Turnhalle mit 1,3 Mio. DM bezuschußt.

Damals waren sich die Parteien noch einig, im Interesse der Bürger in Kullen notfalls ohne Landesmittel zu bauen. Wichtig war den Ausschußmitgliedern auch der Wunsch, einen Baum, der der Maßnahme weichen muß, durch entsprechende Ersatzpflanzungen zu ersetzen.

Bibliothek und Jugendheim möglich

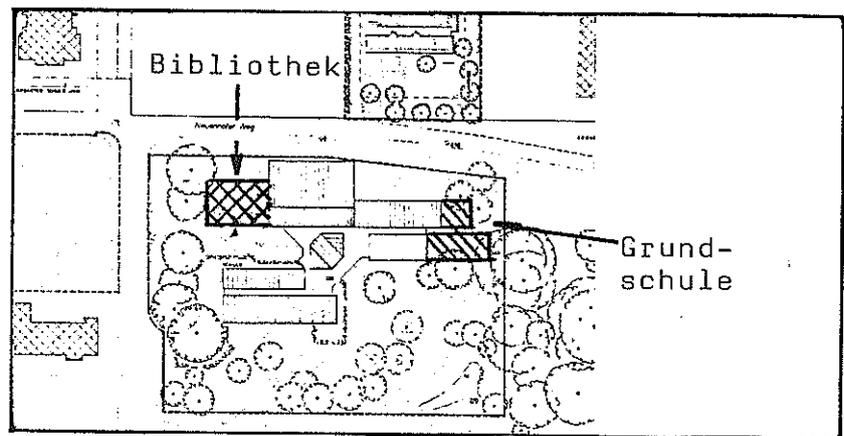
Einigkeit herrschte in allen Ratsgremien, daß der zusätzliche Pavillon am Kindergarten der KOT für die offene Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden soll.

Damit müßte für die Stadtbibliothek eine andere Lösung gesucht werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Bibliothek auf dem Schulgrundstück als von der Schule und den Bürgern gemeinsam zu nutzende Einrichtung zu verwirklichen.

Im Grundsatz stimmen die Sozialdemokraten diesen Plänen zu. Mit der Schule muß nur abgesprochen werden, in welcher Weise sich das Konzept mit den Vorstellungen der Schule über die Bibliotheksarbeit verbinden läßt.

„Zusammen mit den beschlossenen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und dem Ausbau der Grünflächen im Bereich Steinbergweg sind für das Wohngebiet Kullen gute Leistungen erbracht worden“, zieht Ratsherr Bartholomy Bilanz.



Europa ohne Grenzen:

Kindergartenplätze für kleine „Belgier“ und „Niederländer“

Nach den Vorstellungen der SPD sollen Kinder deutscher Familien aus Belgien und den Niederlanden auf Wunsch auch in Deutschland in den Kindergarten gehen können. Ein entsprechender SPD-Antrag wurde jetzt im Jugendwohlfahrtsausschuß angenommen. Hiernach sollen die jüngsten Europäer in den grenznahen

Kindergärten künftig nicht abgewiesen werden.

Dem Kindergartenbedarfsplan, in dem weiterhin nur Aachener Kinder berücksichtigt werden, soll als Anlage jeweils eine Darstellung der Kinderzahlen Deutscher im grenznahen Bereich beigefügt werden.

Aus der Bezirksvertretung Verkehrsberuhigung



Prominente Neu- Laurensberger

SPD setzt sich durch - CDU schwenkt ein.

„Plötzlich stimmt die CDU in Laurensberg allen Anträgen auf Einführung von Zonengeschwindigkeitsbegrenzungen im Stadtbezirk Laurensberg zu“, wunderte sich Bezirksvertreterin Inge Kerschgens nach der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Laurensberg. In den vergangenen Monaten blieben die Bürger, unterstützt von der SPD, meist ohne die Hilfe der Christdemokraten, wenn es um Verkehrsberuhigung in den Ortsteilen von Laurensberg ging.

Politischer Druck“

Der Bürger zeigt Wirkung

Im Verkehrsausschuß des Rates begründete der Laurensberger Bezirksvorsteher Große den Sinneswandel seiner Partei mit „politischem Druck“ aus der Bürgerschaft. Die knappe Mehrheit im Rat drückt sich somit auch in einer neuen Sensibilität der CDU für die Anliegen der Bürger aus.

„Noch in der Juli-Sitzung der Bezirksvertretung hatte unser Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Stadtbezirk Laurensberg keine Mehrheit gefunden“, erklärt die Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion in Laurensberg. Gerade die weiblichen Mitglieder der SPD-Fraktion - sie stellen 4 der 5 SPD-Vertreter - haben sich als Frauen und Mütter in besonderer Weise für die Sicherheit der Kinder in den Wohnstraßen engagiert.

Verwaltung reagiert weiter

erschleppend

Eine für das Frühjahr 1986 vorgesehene „großräumige Verkehrsuntersuchung“ des Planungsamtes dient den Mitarbeitern der zuständigen Ämter der Zentral-

verwaltung in Aachen immer als Argument gegen weitere Beschlüsse zur Verkehrsberuhigung. Als nach den Sommerferien die Ergebnisse immer noch nicht auf dem Tisch lagen, hakte Ratsherr Bartholomy mit einer Ratsanfrage nach. Plötzlich sah man im Planungsamt die Untersuchung in einem anderen Licht.

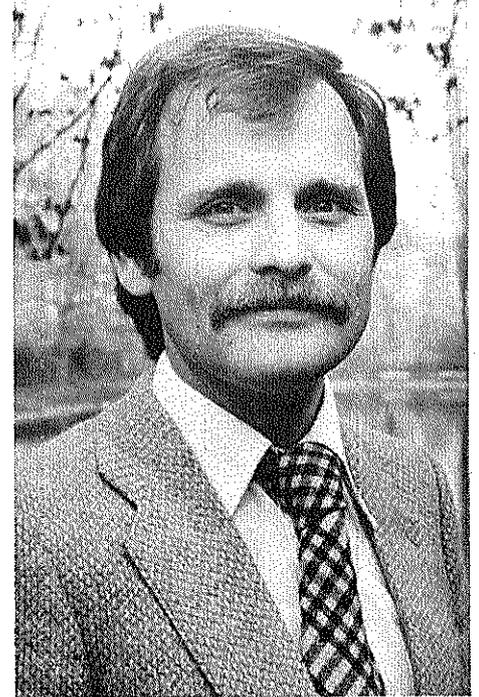
„Ob und welche Schlüsse hieraus mit der Zielsetzung 'Verkehrsberuhigung' gezogen werden können oder müssen, ist vorab nicht absehbar.“ Wer die Hinhaltenaktik der Verwaltung in den letzten Monaten erlebt hat, der wird bei solchen Formulierungen sicher hellhörig.

„Man kann uns nicht bei jeder Maßnahme, sei es Vetschau oder der Bereich Brunnenstraße/Pannhauser Straße/Laurentiusstraße, auf die Untersuchung verweisen und sie dann zur Nebensache deklarieren“, sagt Ratsherr Bartholomy zu diesem Vorgang.

Initiativen für 1987

Die Bezirksvertretung beschloß auf Antrag der SPD in den Haushaltsberatungen die Einsetzung von 100.000 DM für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Laurensberg. In den weiteren Beratungen des Rates muß die CDU nun Farbe bekennen. Von ihr wird es abhängen, ob den Worten und Ankündigungen nun auch Taten folgen werden. Immerhin wurden die Entscheidungen über die Einführung von Zonengeschwindigkeitsbegrenzungen im Herbst 1986 mit den Stimmen der CDU getroffen!

Die Vertreter der SPD in der Bezirksvertretung und im Rat werden auch in Zukunft nicht lockerlassen und die Bürger von Laurensberg dabei unterstützen, Wohnstraßen ruhiger und sicherer zu machen.



Bürgermeister Dr. Jürgen Linden wohnt seit einigen Wochen mit seiner Familie im Wohngebiet Steppenbergl im Stadtbezirk Laurensberg.

„Wir fühlen uns sehr wohl und haben das Gefühl, schon ewig hier zu wohnen“, beschreibt der Bürgermeister die häusliche Stimmung.

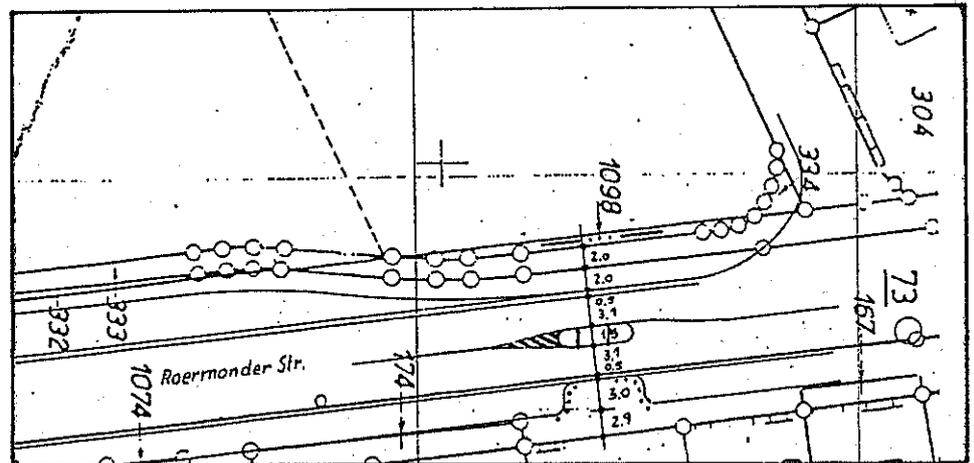


Wir Laurensberger Sozialdemokraten fühlen uns in der Einstellung zu unserem Stadtbezirk bestätigt und sagen den Lindens ebenso wie den vielen anderen neu Hinzuziehenden ein herzliches Willkommen.

Mehr Sicherheit für Fußgänger

Wer zwischen Schlottfelder Straße und Kackertstraße die Roermonder Straße überqueren will, riskiert Kopf und Kragen. Dies meint eine Bürgerinitiative, die sich mit dem Problem befaßt hat und Maßnahmen fordert, die ein gefahrloses Überqueren der stark befahrenen Roermonder Straße ermöglichen.

Ein von der SPD-Fraktion angeregter Fußgängerüberweg konnte nicht genehmigt werden; dem standen Richtlinien entgegen. Als Alternative wurde der Einbau einer Teilerinsel (s. Skizze) vorgeschlagen, die eine Überquerung der Straße immerhin erleichtern würde.





Neues aus dem SPD-Landtagsbüro Karl Schultheis

Die Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse für die Aachener Hochschulen



Die Verhandlungen um den Wissenschaftshaushalt 1987 zeigen nach der zweiten Verhandlungsrunde erste Ergebnisse. Die Auswirkungen für die Aachener Hochschulen, die sich aus dem vorliegenden Entwurf ergeben, können sich auf dem Hintergrund der weiterhin angespannten Finanzlage des Landes dennoch sehen lassen - so teilt Karl Schultheis, Landtagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung des Landtages NRW, mit.

Neue Stellen

Der Haushaltsentwurf sieht im Bereich der Personalsituation folgendes vor: Bei der Verteilung der sog. Topfstellen zur Komplettierung von Studiengängen und zur Förderung der Spitzenforschung entfallen auf die RWTH 6 Stellen. Im einzelnen bedeutet das: 3 Stellen zum Aufbau des Keramikinstituts, 1 C4-Professur für den Fachbereich Maschinenbau/Meeres-technik-Maritime Technik, 1 C3a-Professur zur Ausstattung des Sonderforschungsbereichs „Wellenfokussierung“ sowie 1 A14-Stelle (Akademischer Ober- rat) zur Komplettierung des Ausbaus des Laserinstituts. Hinzu kommt eine weitere C4-Stelle (Wirtschaftswissenschaften/Wirtschaftsinformatik) nach dem „Fiebig-Plan NRW“ - ein Plan, der von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Landes- rektorenkonferenz und des Wissen- schaftsministeriums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses entwik- kelt wurde. Schließlich wird auch die Fachhochschule Aachen eine Stelle erhalten, und zwar eine C2b-Professur Welt- raumtechnologie.

Mittel für 1987

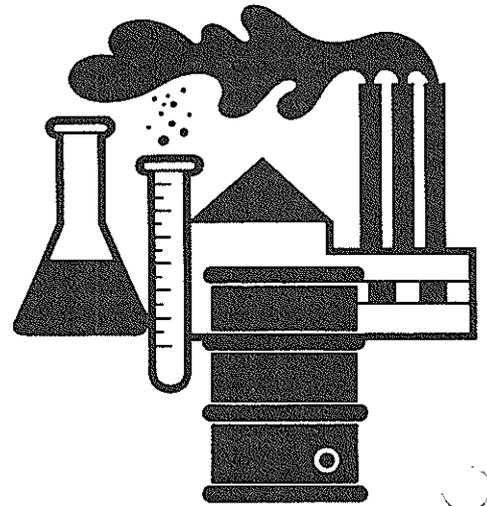
Innerhalb der Großgeräteplanung für das Haushaltsjahr 1987 ist für die TH Aachen die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von über 1,5 Mio. DM, für die Fachhochschule Aachen in Höhe von mehr als 1,2 Mio. DM vorgesehen. Mit diesen Mitteln wird die Anschaffung von Großgeräten für die- Natur- und Ingenieurwissenschaften, für Großgeräte im Rahmen des Computer- In- vestitions-Programms (CIP) sowie für die Zentrale Datenverarbeitung einschließ- lich Hochschulverwaltung und -biblio- thek finanziert.

Umdenkungsprozeß notwendig

Karl Schultheis, der sich im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung insbeson- dere auch für die Interessen der Aachener Hochschulen einsetzt, hält die Ergebnisse für - im Rahmen des Möglichen - annehm- bar, sieht aber auch, daß nicht alle Bedürf- nisse erfüllt, nicht alle Lücken geschlos- sen werden können. „Die Situation der Hochschulen steht an einem Wende- punkt“, so Karl Schultheis, „alle Planun- gen und Überlegungen müssen dahin ge- hen, welche Struktur die Hochschulen un- seres Landes in den 90er Jahren haben werden. Ein tiefgreifender Umdenkungs- prozeß ist hier notwendig.“

Herausforderung für Hochschulpolitik

Neue Studiengänge müssen geschaffen, alte modifiziert werden. Vor allem eine Annäherung und gegenseitige Abhängig- keit von Natur- und Geisteswissenschaften muß angestrebt werden, um den tech- nischen Fortschritt verantwortbar zu gestalten. „Technischer Fortschritt muß daraufhin bewertet werden, wie wir in Zukunft leben möchten. Bei der Formu- lierung der Bewertungskriterien - Wirt- schaftlichkeit, Sozialverträglichkeit, inter- nationale Verträglichkeit und Umweltver- träglichkeit - stellt sich eine wichtige Auf- gabe für die Geistes- und Sozialwissen- schaften. Unsere Hochschulpolitik muß sich - gerade auch in Aachen - dieser Her- ausforderung stellen.“



Bald an der RWTH Aachen: Lehr- stuhl für Keramik?

Erfreuliches für die RWTH Aachen teilt der Landtagsabgeordnete Karl Schultheis mit: es erreichte ihn eine positive Nach- richt vom Wissenschaftsministerium über die Berufungsverhandlungen für den Lehrstuhl Keramik am Fachbereich Maschinenbau. Wenn die laufenden Ver- handlungen zu dem erwarteten Abschluß gelangt sind, wird mit einer Besetzung dieses Lehrstuhls zum 1. April 1987 zu rechnen sein. Darüber hinaus sieht der Entwurf zum Wissenschaftshaushalt 1987 3 weitere Stellen zum Aufbau des Keramikinstituts vor. Hiermit haben die Bemühungen der Technischen Hochschu- le und des Aachener Abgeordneten zum Erfolg geführt.

Keramik - Werkstoff der Zukunft

Bei der Keramikforschung handelt es sich um ein relativ neues Gebiet; erste For- schungsergebnisse deuten darauf hin, daß sich hier ein Schwerpunkt innerhalb der Materialforschung entwickeln wird. Der Werkstoff Keramik verfügt über inter- essante Eigenschaften, die vielfältige Ein- satzmöglichkeiten - vom Maschinenbau über Baukonstruktion bis hin zum Um- weltschutz - vermuten lassen. Es werden sich also im Rahmen der Keramikfor- schung viele neue Perspektiven eröffnen - nicht nur in ökologischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht -, die hoffentlich auch für die Aachener Region nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Von der Einrichtung des neuen Lehrstuhls und dem Aufbau des Keramikinstituts verspricht man sich - nicht nur im Ministe- rium - einiges. Karl Schultheis: „Eine Berei- cherung für die Aachener Hochschule und die Aachener Region.“

Lindenblatt -

neues Symbol
der Friedensbewegung



Kein Apfelbäumchen, sondern eine Linde pflanzten Mitglieder der Friedensinitiative Vaalserquartier-Gut Kullen hinter der Arche am Westwall. Sie soll an die Verletzlichkeit des Menschen erinnern, die durch keine noch so raffinierte Maßnahme weggerüstet werden kann: Auch Siegfried, der nach der Sage in Drachenblut badete, um sich unverwundbar zu machen, blieb an einer Stelle verletztlich, nämlich da, wo ein Lindenblatt hingeweht war.

So wenig, wie das Drachenblut Siegfried schützen konnte, sagt die Friedensinitiative, so wenig hilft der Menschheit heute SDI.

Wer mitmachen will, Wege der Verständigung zu suchen, und sich einsetzen will ein Leben ohne Angst und Bedrohung, ist herzlich willkommen.

Die Mitglieder der Friedensinitiative Vaalserquartier-Gut Kullen treffen sich jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat in der Schurzelter Straße 540.

Kontakt: R. Landen, Tel. 82449.

Silbenpreis rätsel zur Bundestagswahl

Der in der Terminübersicht des letzten LAURENSBürgers als Einsendeschluß angegebene 15.9.96 war natürlich ein Druckfehler und kein Versuch der Redaktion, auf möglichst unverbindliche Art und Weise tolle Preise auszuloben. Das haben die meisten Leser wohl auch so verstanden; denn es gab eine Vielzahl von Einsendungen mit der richtigen Lösung „Kulturdezernent“. Durch Losentscheid wurden die drei Gewinner ermittelt:

1. Preis: Reinhard Maicher, Kullenhofstraße 60
2. Preis: Petra Thelen, Schloßparkstraße 6
3. Preis: Bernhard Wöffen, Düserhofstraße 86

Redaktion des LAURENSBürgers und Ortsverein Laurensberg der SPD gratulieren herzlich!

Aufgabe:

Und nun auf ein neues! Im LAURENSBürger Nr. 1/85 suchten wir als Lösungsbegriff den SPD-Landtagskandidaten unseres Wahlkreises: Hans Alt-Küpers. Er ist seit dem 12.5.85 einer der beiden Aachener SPD-Landtagsabgeordneten. Die Lösung im LAURENSBürger Nr. 2/85 hieß „Ja zur Gesamtschule - SPD“. Einige Wochen später fiel im Rat der Stadt die Entscheidung zugunsten der Gesamtschule.

Diesmal suchen wir - natürlich wieder in Erwartung eines entsprechend positiven Ausgangs - den Bundestagskandidaten der SPD im Wahlkreis Aachen-Stadt.

Lösungsweg:

Bilden Sie aus den alphabetisch geordneten Silben die gesuchten Begriffe. Deren Anfangsbuchstaben in der Reihenfolge von 1 bis 17 ergeben die richtige Lösung.

Gewinnchance:

Wenn Sie Ihre Lösung - Vor- und Zuname des SPD-Bundestagskandidaten - bis zum Wahltag, den 25.1.87, einsenden an die

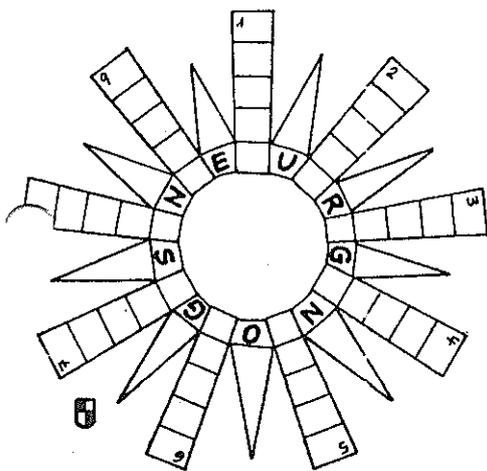
Redaktion LAURENSBürger

c/o Jutta Gebhart - Rathausstr. 3 - 5100 Aachen-Laurensberg

dann haben Sie die Chance, einen der drei folgenden Preise zu gewinnen:

1. Preis: Ein Spiel: „Sagaland“ (Ravensburger Verlag)
2. Preis: Zwei Kinokarten für einen Film nach eigener Wahl
3. Preis: Europabuch, handsigniert von Dieter Schinzel (MdEP)

Kinderrätsel



Buchstabenstern

Wenn Du die richtigen Wörter einträgst, kannst Du vom inneren Buchstabenring einen Spruch ablesen.

- 1 Mädchenname, 2 Haustier, 3 Einbringen der Feldfrüchte, 4 Nagetier, 5 Gewebe, 6 lautes Geräusch, 7 große Ansiedlung, 8 Getränk, 9 Farbe

1 Helge, 2 Scharf, 3 Ernte, 4 Ratte, 5 Stoff
6 Knall, 7 Stadt, 8 Kakao, 9 Braun
Auf Regen folgt Sonne

AUFLÖSUNG

ba - bur - de - do - e - ein - eis - gas - ge - gen - ger - gie - hal - han - heer - heiz - her - kes - klen - kurz - le - le - le - le - len - lo - lu - man - mul - nent - news - nis - no - on - pa - pa - pier - rich - rich - sel - sport - te - tech - ten - ti - to - tra - treib - ul - um - um - ver - week - wei - wel - welt - welt - werk - xem - zer - zi

1. Mit der neuen Buslinie 75 erreichbares Freibad.
2. Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit (betrifft z.B. Frauen).
3. Das in diesem Jahr mit dem Aachener Karlspreis ausgezeichnete Volk.
4. Bezeichnung des Volksmundes für den Fernsehturm auf der Karlshöhe.
5. Neugeschaffene Aachener Beigeordnetenstelle.
6. Für die Ozonschicht der Erde bedrohlicher Bestandteil der meisten Spraydosen.
7. Von Laurensberg aus mit dem Linienbus erreichbare Stadt in den Niederlanden.
8. Wellenbereich, in dem lokale und regionale Radiosendungen ausgestrahlt werden.
9. Amerikanisches Nachrichtenmagazin, dem Helmut Kohl ein das deutsch-sowjetische Verhältnis belastendes Interview gab.
10. Im Ortsteil Kullen neugegründeter Sportclub.
11. Thema einer Ortsvereinsversammlung der SPD Laurensberg, über die im LAURENSBürger berichtet wird.
12. Sportanlage nahe Tivoli und TÜV.
13. Ort der Brandkatastrophe in einem Chemiewerk mit verheerenden Folgen für den Rhein.
14. Papier, auf dem auch der LAURENSBürger gedruckt wird.
15. Aachener Stadtteil, in dem eine der beiden Endhaltestellen der neuen Buslinie 70 liegt.
16. Patenstadt Aachens.
17. Gebäude im Erweiterungsgebiet Seffent-Melaten der TH, das durch seinen gewaltigen Schornstein auffällt.

Zukunft für alle

Das Regierungsprogramm von Johannes Rau

Mit dem Regierungsprogramm '87 legt Johannes Rau den Gestaltungsentwurf der SPD für die nächsten vier Jahre vor. Das Programm „Zukunft für alle - arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden“ zählt sieben Schwerpunkte auf: Arbeitslosigkeit bekämpfen, ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft und eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft, solidarische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit, solide Finanzen und gerechte Steuern, Gleichstellung von Frauen und Männern, Liberalität und Demokratie, den Frieden sichern.

Das Regierungsprogramm stellt eine klare Alternative dar zu einer Politik, die ausgrenzt, die spaltet, bei der die Lebenschancen der Kinder in direkter Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern vergeben werden. Johannes Rau: „Wir wollen eine sichere soziale Zukunft für alle Menschen in Deutschland.“

Zum Beispiel:

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Das Rau-Programm setzt die eindeutige Priorität: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Das geht nur mit einer Wirtschafts- und Industriepolitik, die Investitionen und Innovationen so fördert, daß neue Arbeitsplätze entstehen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung zielt auf eine gerechtere Verteilung der Arbeitszeit, insbesondere Unterstützung der Gewerkschaften auf ihrem Weg der schrittweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeit; gezielte öffentliche Investitionen im Umweltbereich; Ausbau der Wirtschaftsdemokratie durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und Ausbau der Mitbestimmung.

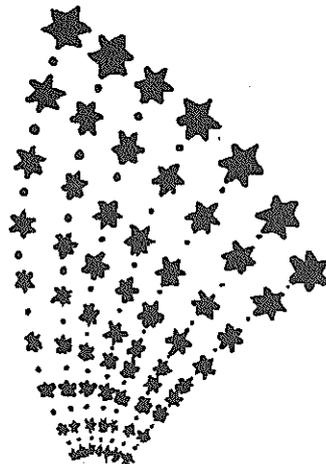
Zitat Helmut Schmidt
„Es wird doch in der Tat höchste Zeit,
daß dieses Land endlich wieder einen
Bundeskanzler bekommt.“



Zitat Johannes Rau

„Ich mache Schluß mit dem Skandal, daß meine Kinder dem Staat zweieinhalbmal soviel wert sind wie die einer Sekretärin oder eines Facharbeiters.“

Einsendeschluß Silbenpreisrätsel
25.1.87



1987

Zum Beispiel:

Solide Finanzen und gerechte Steuern

Für die Verwirklichung des SPD-Regierungsprogramms ist eine Erhöhung der Neuverschuldung nicht erforderlich. Die Gesamtsteuerbelastung bleibt insgesamt unverändert, aber in diesem Rahmen werden die Steuerlasten gerechter verteilt. Den starken Schultern wird mehr zugemutet als den schwachen. Die Johannes-Rau-Politik für gerechte Steuern stellt 90% aller Familien und 80% aller Ledigen steuerlich besser als die „Steuerreform“ des Herrn Stoltenberg, die einseitig die Bestverdienenden bevorzugt. Außerdem wird die SPD wieder ein einheitliches Kindergeld für alle (100 DM fürs erste, 200 DM fürs zweite und 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind) einführen. Das Regierungsprogramm von Johannes Rau enthält für jede ausgabenwirksame Maßnahme einen Deckungsvorschlag. Es soll keine Gruppe der Bevölkerung wie bisher belastet werden, welche entlastet werden und was mit den Steuern und Abgaben der Bürger gemacht wird. Auch darin unterscheidet sich die SPD von der amtierenden Bundesregierung, die offenbar wieder zur Taktik wohlfeiler, jederzeit rücknehmbarer Wahlversprechen zurückkehren will.



Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Laurensberg

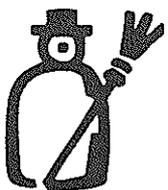
Redaktion:

Jürgen Bartholomy, Jutta Gebhart (verantwortlich), Inge Kerschgens, Ingrid Rinke, Renate Schäfer, Christian Stetter, Uli Waldmann, Lilo Weindl, Heiner Wimmershoff

Redaktionsanschrift:

Laurensbürger
c/o Jutta Gebhart
Rathausstraße 3
5100 Aachen
Telefon: 17 13 99
Satz und Druck:
Hunko Druck-Repro
Bendelstr. 7 - Tel. 3 97 11
Auflage:
5000

Die Laurensberger
SPD wünscht allen
Leser(inne)n
ein gesundes
und glückliches
neues Jahr!



Terminkalender

- | | |
|---------------|---|
| 14.2.87 | Karnevalssitzung KG Vaalserquartier (Turnhalle Vaalserquartier) |
| 15.2.87 | Kinderfest |
| 19.2.87 | Altensitzung Pfarrgemeinde Laurensberg (Laurentiushaus) |
| 24.2.87 | Kinderkostümfest Pfarrgemeinde Laurensberg (Laurentiushaus) |
| 1.3.87 | Kostümball Pfarrgemeinde Laurensberg (Laurentiushaus) |
| 13.6.-15.6.87 | Schützenfest Laurensberg (Sportplatz Rathausstraße) |
| 20.6.-22.6.87 | Schützenfest Orsbach (Zelt Festwiese) |
| 4.7.-6.7.87 | Schützenfest Vetschau (Zelt Festwiese) |
| 11.7.-13.7.87 | Schützenfest Soers (Schützenwiese) |